

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

13. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. Dezember 2000, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)

Vorsitzende

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Jutta Schümann (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe auf die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern (Oberflächenwasserabgabengesetz - OWAG)	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/439	
hierzu: Umdrucke 15/433, 15/477, 15/513, 15/516	
2. a) Bericht der Landesregierung zum Programm „ziel: Zukunft im eigenen Land“	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/220	
b) Finanzielle Absicherung des Programms „ziel - Zukunft im eigenen Land“ (2000 bis 2006)	
Landtagsbeschluss vom 28. September 2000 Drucksache 15/380	
Bericht der Landesregierung	
3. a) Keine Zusatzbelastung für schleswig-holsteinische LKWs	5
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/462	
b) Streckenbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für LKWs	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/466	
4. Konsequenzen aus der Havarie „Pallas“	14
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/532	

- 5. Verbraucherberatung Schleswig-Holstein e.V.** 6
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/539
- 6. Mobilitätsanalyse für die Beschäftigten der Landesbehörden** 7
Umdruck 15/530
- 7. Bericht des MWTV zu aktuellen Entwicklungen beim Flughafen Lübeck-Blankensee; hier: Pläne zur Verlängerung der Start- und Landebahn nach Osten** 8
- 8. Terminplanung für das erste Halbjahr 2001** 14
hierzu: Umdruck 15/430 (neu)
- 9. Bericht des MWTV zum Stand der Planfeststellungsverfahren für Straßenbauprojekte in Schleswig-Holstein** 15
hierzu: Umdruck 15/526
- 10. Verschiedenes** 15

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt der Ausschuss die Beratung des Berichtes der Landesregierung zur Zukunft der Weiterbildung in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/515, von der Tagesordnung ab. Die Tagesordnung wird somit in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Zunächst befasst sich der Ausschuss mit Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Keine Zusatzbelastung für schleswig-holsteinische LKWs

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/462

b) Streckenbezogene Autobahnbenutzungsgebühr für LKWs

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/466

(überwiesen am 16. November 2000)

Ohne weitere vertiefte Aussprache bitten die Ausschussmitglieder die Vertreter des MWTV, im ersten Quartal 2001 einen aktuellen Sachstandsbericht zu den Entwicklungen auf Bundesebene Thematik zu erstatten. Nach Möglichkeit soll diese Berichterstattung in der Februarsitzung des Ausschuss erfolgen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verbraucherberatung Schleswig-Holstein e. V.

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/539

(überwiesen am 17. November 2000 an den **Agrarausschuss** und den **Wirtschaftsausschuss**)

Auch unter Hinweis auf den Inhalt des Antrages Drucksache 15/539 kritisiert Abg. Dr. Graf Kerssenbrock die Mittelkürzungen in diesem Bereich und fordert für die Verbraucherberatung in Schleswig-Holstein Planungssicherheit ein.

Abg. Müller betont, dass auch seine Fraktion die Verbraucherberatung für unverzichtbar halte. Für die SPD-Fraktion sei es jedoch wichtig - dies habe man auch im Plenum deutlich gemacht -, erhebliche Defizite zu beseitigen, die es bei den Verbraucherzentren insbesondere auch in Bezug auf den Einsatz neuer Medien und der neuen Kommunikationsstrukturen gebe. Aus diesem Grunde halte man es für richtig, dass die Landesregierung mit der Verbraucherberatung in Schleswig-Holstein zurzeit ein zukunftsfähiges Konzept entwickle. Man lege Wert darauf, dass dieses Konzept schnell erarbeitet werde und auch die gesamte finanzielle Situation der Verbraucherberatung mit beinhalte. Eine Diskussion über dieses Thema könne erst dann geführt werden, wenn dieses tragfähige Konzept, das zurzeit von der Landesregierung zusammen mit den Verbraucherzentren entwickelt werde, vorliege.

Nach einem folgenden kurzen Austausch der unterschiedlichen Standpunkte bezüglich der abschließenden Befassung mit dem Antrag im Wirtschaftsausschuss beschließt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P., dem federführenden Agrarausschuss zu empfehlen, dem Plenum des Landtages vorzuschlagen, den Antrag abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Mobilitätsanalyse für die Beschäftigten der Landesbehörden

Umdruck 15/530

(Verfahrensfragen)

Die Ausschussmitglieder kommen nach einer kurzen Diskussion überein, zu der Mobilitätsanalyse, die nach Auskunft von AL Dr. Eggers 58.000 DM brutto gekostet hat, eine erneute Berichterstattung über die sich aus Sicht der Landesregierung hieraus ergebenden Konsequenzen zu gegebener Zeit entgegenzunehmen. Die Kurzfassung der Mobilitätsanalyse soll der Ratsversammlung der Stadt Kiel sowie den Personalvertretungen bei den Landesbehörden zur Kenntnis gegeben werden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht des MWTV zu aktuellen Entwicklungen beim Flughafen Lübeck-Blankensee;
hier: Pläne zur Verlängerung der Start- und Landebahn nach Osten**

AL Dr. Eggers erklärt auch in Fortsetzung der Erörterungen zu diesem Thema anlässlich der 10. Sitzung des Ausschusses, dass bekannt sei, dass die Geschäftsführung der Flughafen GmbH Überlegungen zur Start- und Landebahn anstelle, um dort modernere und leisere Flugzeugtypen starten und landen lassen zu können. Hierzu lägen jedoch noch keine Planungsunterlagen oder Anträge beim MWTV vor. Es sei nur bekannt, dass solche Überlegungen angestellt würden. Dem MWTV seien auch keine entsprechenden Beschlüsse der Gesellschafterin der Flughafen GmbH bekannt.

Sodann standen noch einmal die Möglichkeiten für eine Verlängerung der Start- und Landebahn im Mittelpunkt der Beratungen, an deren Ende Abg. Geißler darum bat, die hier bestehenden Möglichkeiten, einschließlich Kostenschätzung, Darstellung der Vor- und Nachteile der jeweils möglichen Maßnahme unter Einbeziehung aller hier zu berücksichtigenden Gesichtspunkte, schriftlich dargestellt zu bekommen.

Abg. Müller weist darauf hin, dass diese Berichterstattung solange nicht möglich sei, solange sich die Flughafen GmbH selbst noch nicht entschieden habe. Abg. Rother bestätigt an dieser Stelle, dass die Hansestadt Lübeck noch nicht entschieden habe, was künftig bezüglich des Flughafens geschehen solle.

Zum Planungsstand der Ausweisung des Gebietes Grönauer Heide berichtet AL Dr. Eggers sodann, dass eine Landesverordnung zur einstweiligen Sicherstellung des geplanten Naturschutzgebietes Grönauer Heide am 20. November d.J. vom Umweltminister ausgefertigt worden sei und zum Jahresende im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht werden solle. Dieses Gebiet sei nahezu identisch mit den Gebietsgrenzen des EU-Vogelschutzgebietes und im Verordnungstext werde entsprechend darauf hingewiesen, dass auch hier die Kriterien der EU-Vogelschutzrichtlinie erfüllt seien. Das Vogelschutzgebiet sei gegenüber der EU-Kommission als solches angemeldet worden. Eine Antwort der EU-Kommission stehe diesbezüglich noch aus und es könne derzeit nicht gesagt werden, wann diese Antwort kommen werde. Im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung, die bei einer Verlängerung der Start- und Landebahn erforderlich sei, müssten solche Aspekte selbstverständlich mit herangezogen werden. - RL Schneider ergänzt, dass das EU-Vogelschutzgebiet kein FFH-Gebiet sei.

AL Dr. Eggers betont, dass detaillierte Stellungnahmen des MWTV zu dem hier möglicherweise beabsichtigten Vorhaben erst dann möglich seien, wenn es nachprüfbare Unterlagen gebe. - Auch Abg. Eichelberg vertritt die Auffassung, erst dann, wenn die Flughafengesellschaft und die Stadt Lübeck klar erklärt hätten, was sie wollten beziehungsweise nicht wollten, könne man in weitere Planungen eintreten. - Abg. Geißler kündigt abschließend in dieser Angelegenheit eine Kleine Anfrage an die Landesregierung zur Klärung der für ihn noch offen gebliebenen Fragen an.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, bittet die Vertreter des MWTV, den Wirtschaftsausschuss sofort zu unterrichten, falls von der Flughafen GmbH ein Antrag auf Verlängerung der Start- und Landebahn in Lübeck-Blankensee gestellt werde. - AL Dr. Eggers sagt dies zu.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe auf die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern
(Oberflächenwasserabgabengesetz - OWAG)**

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/439

hierzu: Umdrucke 15/433, 15/477, 15/513, 15/516

(überwiesen am 18. Oktober 2000 an den **Umweltausschuss**, den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Nach kritischen Bemerkungen der Vorsitzenden, Abg. Strauß, zu dem in dieser Angelegenheit vom federführenden Ausschuss praktizierten Beratungsverfahren spricht der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. mit Mehrheit die Empfehlung an den federführenden Umweltausschuss aus, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfs vorzuschlagen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Bericht der Landesregierung zum Programm „ziel: Zukunft im eigenen Land“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/220

(überwiesen am 13. Juli 2000 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Sozialausschuss und den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

b) Finanzielle Absicherung des Programms „ziel - Zukunft im eigenen Land“ (2000 bis 2006)

Landtagsbeschluss vom 28. September 2000
Drucksache 15/380

Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 18. Oktober 2000 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Finanzausschuss und den Agrarausschuss)

Ohne weitere Aussprache zum Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/220, erklären die Ausschussmitglieder ihre Beratungen mit der Kenntnisnahme des Berichtes für abgeschlossen.

Den Bericht der Landesregierung zur finanziellen Absicherung des Programms „ziel - Zukunft im eigenen Land“ (2000 bis 2006) diskutieren die Ausschussmitglieder auch unter Hinzuziehung des heute als Tischvorlage vorgelegten Umdrucks 15/540. RL Dr. Haass bestätigt auf eine Frage von Abg. Schmitz-Hübsch auch an dieser Stelle, dass eine Genehmigung der EU-Kommission zum Regionalprogramm 2000 bisher noch nicht vorliege. Man gehe jedoch nach Ausschöpfung der der Landesregierung zur Verfügung stehenden Informationsquellen weiterhin fest davon aus, dass der Programmentwurf in wesentlichen Teilen genehmigt werde und dass sich mögliche Änderungswünsche der EU-Kommission auf Marginalien beziehen würden, was die Grundaussagen des Regionalprogramms betreffe. Neben den Aussagen zur EFRE-Förderung gebe es auch die Aussagen zur ESF-Förderung, zu denen er an dieser Stelle jedoch relativ wenig sagen könne, weil es sich hier um Komponenten handele, die auch im Rahmen von ASH 2000 umgesetzt würden.

Abg. Aschmoneit-Lücke bringt an dieser Stelle den Vorschlag in die Diskussion, die Mittel für die Wettbewerbshilfe angesichts der Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges und des für die

nächsten drei Jahre bestehenden Bedarfs noch einmal aufzustocken, und zwar aus den Landesmitteln, die zurzeit im Haushalt für das Regionalprogramm vorgesehen seien. Diesen Vorschlag mache sie nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt der großen Unsicherheiten, die dadurch bestünden, dass die Genehmigung durch die EU-Kommission noch nicht vorliege.

RL Dr. Haass erklärt im Folgenden u. a., dass die Landesregierung in diesem Jahr ein Volumen von etwa 50 Millionen DM an Landesmitteln und GA-Mitteln genehmigen werde, die dem Land zur Verfügung stünden. Hierbei handele es sich nicht nur um Barmittel, sondern auch um Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre. Wenn die EU-Mittel zur Verfügung stünden, werde man eine große Zahl von weiteren Projekten in die Bewilligung aufnehmen.

Zum Vorschlag von Abg. Aschmoneit-Lücke, die Wettbewerbshilfe aus diesen Ansätzen komplementär zu finanzieren, verweist Abg. Schümann auf die negativen Konsequenzen daraus für das Regionalprogramm und die dort für das gesamte Land vorgesehenen innovativen Projekte. - RL Dr. Haass erklärt zu der hier aufgeworfenen Frage der Umschichtung von Landesmitteln des Regionalprogramms für die Wettbewerbshilfe, dass sich die Landesregierung mit dem Regionalprogramm entschieden habe, der Infrastrukturförderung den Vorrang einzuräumen. Folge der Landtag diesem Vorschlag, hätte das zur Konsequenz, dass die Landesregierung das Einheitliche Programmplanungsdokument umschreiben müsse, denn man wisse, dass eine Vielzahl von Maßnahmen - dabei handele es zumeist um die Projekte, die parteiübergreifend gefordert und unterstützt würden - nur auf den Weg gebracht werden könnten, wenn man zusätzlich zu den 50 %-EU-Mitteln auch noch ergänzende Landesmittel anbiete. Wenn diese Landesmittel wegfielen, könne man sich ausschließlich auf Projekte konzentrieren, die mit einer 50-prozentigen Förderquote auf den Weg gebracht würden. Dabei handele es sich aber um die „Standardprojekte“. Was den Bereich der Westküste oder den Landesteil Schleswig betreffe, würde eine solche Umschichtung flächendeckend große Probleme bereiten, weil man bestimmte Projekte dann nur noch zu 50 % fördern könne.

Abg. Schmitz-Hübsch regt an, in der Januar-Sitzung des Ausschusses einmal die Vorsitzenden der Regionalbeiräte zu ihren Erfahrungen mit der Durchführung des Regionalprogramms 2000, zum Vorgehen der Regionalbeiräte bei der Festlegung von Förderprioritäten entsprechend den Zielsetzungen des Regionalprogramms und auch zu ihrer Bewertung der Auswirkungen der Fördermaßnahmen auf die jeweilige Region zu hören. - Dieser Vorschlag wird von den Ausschussmitgliedern einmütig aufgegriffen.

Abschließend erklärt RL Dr. Haass, dann, wenn der Landtag die für 2001 im Haushalt vorgesehenen 18 Millionen DM Landesmittel für andere Zwecke einsetzen würde, wäre damit die Geschäftsgrundlage für die Beratungen in den Regionalbeiräten über die Projekte, die für 2001

vorgesehen seien, entfallen; dann müsste man nämlich berücksichtigen, dass hier ausschließlich GA- und EU-Mittel eingesetzt werden könnten und eine Vielzahl von Projekten dann nicht förderungsfähig wären.

Zum Bericht der Landesregierung betr. finanzielle Absicherung des Programms „ziel - Zukunft im eigenen Land“ (2000 bis 2006), Drucksache 15/380, sprach der Ausschuss sodann die Empfehlung an das Plenum des Landtages aus, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Konsequenzen aus der Havarie „Pallas“

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/532

(überwiesen am 17. November 2000 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Umweltausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Im Rahmen einer kurzen Aussprache signalisieren die Fraktionssprecher zu diesem Thema noch erheblichen Beratungsbedarf und bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Frage der Einrichtung einer „PSSA“ und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf Schleswig-Holstein. Dabei sei es wichtig - so Abg. Hentschel -, den Termin für die Regierungskonferenz der Wattenmeerstaaten in Esbjerg im Oktober 2001 im Auge zu behalten. Aus diesem Grunde sei es seiner Meinung nach erforderlich, in dieser Angelegenheit schon Anfang 2001 zu einer Beschlussfassung im Landtag zu kommen. Zur Vorbereitung der Beschlussempfehlung wird eine gemeinsame Sitzung der an der Beratung beteiligten Ausschüsse vorgeschlagen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2001

hierzu: Umdruck 15/430 (neu)

Die Ausschussmitglieder billigen die im oben genannten Umdruck aufgeführten Termine mit der Maßgabe, dass die für den 25. April vorgesehene Sitzung erst um 14:00 Uhr beginnt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bericht des MWTV zum Stand der Planfeststellungsverfahren für Straßenbauprojekte in Schleswig-Holstein

hierzu: Umdruck 15/526

Die Berichterstattung durch die Vertreter des MWTV soll auf Bitten des Ausschusses in einer Auflistung der einzelnen Maßnahmen schriftlich dokumentiert werden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dass der Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1999, Drucksache 15/326, in Anwesenheit des neuen Direktors der Stiftung am 14. Februar beraten werden soll.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. Roswitha Strauß

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer